

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0508/2010
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach	26.10.2010	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat beauftragt die Verwaltung, durch die Ausländerbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises feststellen zu lassen, wie viele Personen in Bergisch Gladbach von der im Schreiben der LAGA NRW beschriebenen Maßnahme betroffen sind.

Sachdarstellung / Begründung:

Schreiben der LAGA NRW

Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo

Sehr geehrter Herr Innenminister,

das Land Nordrhein-Westfalen hat bereits im Herbst des letzten Jahres verstärkt mit Abschiebungen von Menschen aus dem Kosovo begonnen. Am 14. April 2010 haben die Bundesrepublik Deutschland und der Kosovo ein Rücknahme-Abkommen für ausreisepflichtige Personen unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung des Rücknahme-Abkommens hat sich die Gefahr für die Minderheiten aus dem Kosovo, aus Deutschland abgeschoben zu werden, erheblich verschärft.

Betroffen sind rund 14.000 aus dem Kosovo stammende Menschen. Etwa 10.000 von ihnen sind Roma, Ashkali und Ägypter. Das Bundesministerium des Inneren hat angekündigt, künftig etwa 2.500 Personen jährlich in den Kosovo abzuschicken. Auch die Angehörigen der Roma und anderer Minderheiten, die seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen ein neues Zuhause gefunden haben, sind verstärkt bedroht. Sie können gegen ihren Willen abgeschoben werden. Vermutlich wird niemand von ihnen das Land freiwillig verlassen wollen.

Der Sachverhalt stellt sich aus Sicht des Landesintegrationsrates wie folgt dar:

1. In NRW droht vielen Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, die zwangsweise Abschiebung in den Kosovo, hierunter sind viele Kinder und Jugendliche, die in NRW geboren und aufgewachsen sind. Sie haben hiesige Kitas und Schulen besucht. Das Heimatland ihrer Eltern kennen sie im Regelfall nur aus den Nachrichten und den Geschichten der älteren Generation. Viele von ihnen sprechen nur Deutsch und Romanes, aber weder Albanisch noch Serbisch. Die älteren Flüchtlinge haben schreckliche Erinnerungen an ihre Flucht vor nationalistisch gesinnten Gewalttätern. Viele sind traumatisiert, sie haben Angst, in den Kosovo zurückzukehren. Nordrhein-Westfalen ist für sie ein neues Zuhause, das Schutz bietet.
2. Die abgeschobenen Menschen erwartet im Kosovo Arbeitslosigkeit, ein Mangel an Ausbildungsplätzen, eine fehlende Gesundheitsversorgung und vielfach Wohnungslosigkeit. Die Lebenssituation der Menschen, die zukünftig abgeschoben werden sollen, würde sich im Vergleich zu ihrer jetzigen Lage in NRW sehr verschlechtern. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen träfe die Perspektivlosigkeit am härtesten. Die 35.000 bis 40.000 bereits jetzt im Kosovo lebenden Roma, Ashkali und Ägypter sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen; etwa ein Viertel von ihnen lebt nicht in Häusern, sondern in notdürftig errichteten Camps isoliert und abseits der Zentren.
3. Der Kosovo ist seit Februar 2008 ein selbstständiger Staat. Das Land ist politisch nicht stabil, Korruption ist ein allgegenwärtiges Problem, es gehört zu den ärmsten Ländern Europas. Die Flüchtlingspolitik Deutschlands wirkt zum jetzigen Zeitpunkt eher destabilisierend, weil die zusätzliche Integration von Flüchtlingen für den Kosovo eine wirtschaftliche und politische Überforderung bedeutet. Zahlreiche zivilgesell-

schaftlich engagierte Organisationen hier und vor Ort (Kirchen, Caritas, Diakonie, amnesty international, lokale Initiativen etc.) und einzelne Verantwortliche (wie z. B. der Menschenrechtskommissar Hammarberg), die sich derzeit im Kosovo für den Aufbau und für mehr Demokratie einsetzen, warnen:

Wenn Tausende zusätzliche Flüchtlinge mit den zurzeit 2,6 Mio. Einwohnern des Landes um die bereits knappen Wohnungen und Arbeitsplätze konkurrieren, sind erneute Übergriffe auf Minderheiten wie die Roma nicht auszuschließen. Auch wenn die abgeschobenen Roma aus dem Kosovo nach Serbien oder Mazedonien weiter wandern, erwartet sie dort eine ähnlich perspektivlose Lage.

4. Roma sind während des Nationalsozialismus vertrieben, gedemütigt und ermordet worden.

Bis heute sind Roma in vielen Ländern nicht gern gesehen und Diskriminierungen und Vorurteilen ausgesetzt. So hat auch der Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Minderheiten im Kosovo erneut an den Rand gedrängt. Auch Deutschland bildet hier keine Ausnahme. Auch hier bestehen bei Teilen der Bevölkerung noch massive Vorurteile gegen Roma. Es sollte hingegen zur Normalität werden, dass unter uns auch Roma leben. Eine Abschiebung erinnert hingegen an Diskriminierung und Vertreibung.

Erfreulicherweise hat sich die neue Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag unter der Überschrift „NRW schützt Menschen vor Verfolgung und in Not“ selbst dazu verpflichtet, das Thema auf Bundesebene anzugehen um eine möglichst humanitäre Lösung in diesem Kontext zu erreichen.

Unabhängig von einer Lösung auf Bundesebene, die ein dauerhaftes Bleiberecht der in Deutschland lebenden Minderheiten aus dem Kosovo zum Ziel haben sollte, ist der Landesregierung schon jetzt die Anwendung des § 60 a des Aufenthaltsgesetzes möglich, wodurch die Abschiebung für die Minderheiten aus dem Kosovo ab sofort für die Dauer von sechs Monaten ausgesetzt werden kann.

In vielen Kommunen machen sich die Betroffenen und deren Unterstützer große Sorgen um das Schicksal dieser Menschen im Falle einer Abschiebung in den Kosovo. Eine Initiative der Landesregierung zur humanitären Lösung des Problems würde den bereits zitierten Koalitionsvertrag mit Leben füllen und den versprochenen Politikwechsel in die Tat umsetzen.

In der Hoffnung auf eine positive Antwort verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Tayfun Keltek
(Vorsitzender)

